

ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2006.00430 vom 23. April 2007

ZH Sozialversicherungsgericht, 2007-04-23, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_sozialversicherungsgericht_AL.2006.00430

FR: ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2006.00430 du 23 avril 2007

IT: ZH_SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT AL.2006.00430 del 23 aprile 2007

Erwägungen

E. 1

1.1 Das Arbeitslosenversicherungsrecht enthält in Bezug auf die Beitragszeit besondere Vorschriften für vorzeitig Pensionierte. Art. 13 Abs. 3 (in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 lit. a) des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschuldigung (AVIG) ermächtigt den Bundesrat - zur Verhinderung eines ungerechtfertigten gleichzeitigen Bezuges von Altersleistungen der beruflichen Vorsorge und von Arbeitslosenentschuldigung - die Anrechnung von Beitragszeiten für diejenigen Personen abweichend zu regeln, die vor Erreichen des Rentenalters gemäss Art. 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) pensioniert wurden, jedoch weiterhin als Arbeitnehmer tätig sein wollen. Gestützt darauf hat der Bundesrat Art. 12 der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschuldigung (AVIV) erlassen. Gemäss Art. 12 Abs. 1 AVIV wird Versicherten, die vor Erreichung des Rentenalters der AHV pensioniert worden sind, nur jene beitragspflichtige Beschäftigung als Beitragszeit angerechnet, die sie nach der Pensionierung ausgeübt haben. Gemäss Art. 12 Abs. 2 AVIV gilt Absatz 1 nicht, wenn die versicherte Person:

a. aus wirtschaftlichen Gründen oder aufgrund von zwingenden Regelungen im Rahmen der beruflichen Vorsorge vorzeitig pensioniert wurde und

b. einen Anspruch auf Altersleistungen der beruflichen Vorsorge erwirbt, der geringer ist als die Entschuldigung, die ihm nach Artikel 22 AVIG zustünde.

Gemäss Art. 12 Abs. 3 AVIV gelten als Altersleistungen unter anderem Leistungen der obligatorischen und weitergehenden beruflichen Vorsorge.

1.2 Bei der Berechnung der auszurichtenden Leistungen werden die Altersleistungen der beruflichen Vorsorge von der Arbeitslosenentschuldigung abgezogen (Art. 18c Abs. 1 AVIG). Als Altersleistungen gelten Leistungen der obligatorischen und weitergehenden beruflichen Vorsorge, auf die bei Erreichen der reglementarischen Altersgrenze für die vorzeitige Pensionierung ein Anspruch erworben wurde (Art. 32 AVIV).

E. 2

2.1 Gemäss Art. 13 Abs. 1 lit. a des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) haben Männer, die das 65. Altersjahr zurückgelegt haben, Anspruch auf Altersleistungen.

Gemäss Art. 13 Abs. 2 Satz 1 BVG können die reglementarischen Bestimmungen abweichend davon vorsehen, dass der Anspruch auf Altersleistungen mit

Freizügigkeitsstiftung der R.überwiesen. Diesbezüglich habe er sich nicht vorzeitig pensionieren lassen. Das Kapital habe die 2. Säule nie verlassen und befinde sich nach wie im Vorsorgekreislauf, weshalb es nicht als Altersleistung qualifiziert und demnach nicht an die Arbeitslosenentschädigung angerechnet werden dürfe. 

3.3     Das Arbeitsverhältnis des Beschwerdeführers wurde - wie erwähnt - per 28. Februar 2006 aufgelöst. Zu diesem Zeitpunkt war der Beschwerdeführer 60 Jahre alt und hatte damit das reglementarische Alter für eine vorzeitige Pensionierung erreicht. Im Weiteren hatte der Beschwerdeführer der Vorsorgeeinrichtung mitgeteilt, dass er nach Auflösung des Arbeitsvertrages die Altersleistungen beziehen wolle (Urk. 7/34, Urk. 7/43, Urk. 7/46). Damit ist der Vorsorgefall Alter eingetreten, das heisst, das in der 2. Säule versicherte Risiko Alter hat sich verwirklicht. Mit der geäusserten Willenserklärung hat der Beschwerdeführer auf den Zeitpunkt der vorzeitigen Pensionierung per 1. März 2006 den Anspruch auf die gesamten Altersleistungen der beruflichen Vorsorge erworben, sowohl auf die Altersrente gemäss Vorsorgevertrag 1 als auch auf das Alterskapital gemäss Vorsorgevertrag 2.

         Mit dem vom Beschwerdeführer ausgelösten Eintritt des Vorsorgefalls konnte - wie das Eidgenössische Versicherungsgericht in seiner in Erw. 2.3 angeführten Rechtsprechung klargestellt hat - ein Freizügigkeitsfall nicht mehr entstehen und der Beschwerdeführer hatte einzig Anspruch auf Altersleistungen und nicht mehr auf Freizügigkeitsleistungen. Das Alterskapital aus dem Vorsorgevertrag 2 ist dem Beschwerdeführer damit - gleich wie die Altersrente aus dem Vorsorgevertrag 1 - per 1. März 2006 zugegangen. Er konnte darüber frei verfügen und hat dies auch getan, indem er das Alterskapital auf ein anderes Konto hat überweisen lassen (Urk. 7/34, Urk. 7/68).  ber dieses Vermögen auf dem Freizügigkeitskonto kann der Versicherte gemäss Art. 5 Abs. 2 des Reglements des Freizügigkeitskontos aufgrund des erreichten Alters jederzeit frei verfügen (Urk. 11). Daher kommt der Tatsache, dass eine Überweisung dieser Altersleistung auf ein Freizügigkeitskonto stattgefunden hat, keine Bedeutung zu (vgl. Roland M ller, Die vorzeitige Pensionierung - Möglichkeiten und Grenzen im Lichte verschiedener Sozialversicherungszweige, SZS 1997 S. 358).

         Auch das weitere sinngemässe Vorbringen des Beschwerdeführers, dass er sich nur teilweise, nicht vollständig, habe pensionieren lassen, dringt nicht durch. Bei einer (vorzeitigen) Teilpensionierung, bei welcher nur ein reduzierter Anspruch auf die Altersleistungen besteht, wird das Arbeitsverhältnis nicht beendet, hingegen bezüglich Lohn, Pensum und Arbeitsumfang reduziert weitergeführt (vgl. Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts in Sachen H. vom 20. Oktober 2004, B 59/04). Indem das Arbeitsverhältnis mit der Firma ganz beendet und nicht reduziert weitergeführt wurde, trat die vollständige vorzeitige Pensionierung ein. 

         Zusammenfassend ergibt sich, dass der Beschwerdeführer infolge vorzeitiger Pensionierung per 1. März 2006 Anspruch auf die gesamten Altersleistungen der beruflichen Vorsorge erworben hat, mithin auch auf das Alterskapital gemäss Vorsorgevertrag 2. Die Arbeitslosenkasse hat damit zu Recht festgestellt, dass nebst der Altersrente auch das auf eine Monatsrente umgerechnete Alterskapital von Fr. 242'166.-- als Altersleistung an die Arbeitslosenentschädigung anzurechnen ist. Die Umrechnung auf eine Monatsrente von Fr. 1'208.40 wurde vom Beschwerdeführer betragsmässig nicht bestritten und ist auch nicht zu beanstanden. Damit erweist sich der jeweilige Abzug auf den Taggeldabrechnungen von Fr. 3'470.-- als rechtens, weshalb die Beschwerde

abzuweisen ist.

Das Gericht erkennt:

1. Die Beschwerde wird abgewiesen.
2. Das Verfahren ist kostenlos.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.